

Ihre Europaabgeordnete **Dr. Anja Weisgerber**



Neues aus Europa



Ausgabe 2011/ II

» Das europäische Jahr 2011 im Rückblick

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Ein Jahr, das als ein für Europa schwieriges in die Geschichte eingehen wird. Wie die vergangenen Monate stand auch der Euro-Gipfel Anfang Dezember ganz im Zeichen der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone. Die hohe Verschuldung einiger Mitgliedstaaten und deren geringe Wettbewerbsfähigkeit sowie die inzwischen offengelegten Schwachstellen in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion stellen die Euro-Zone vor immer neue Herausforderungen.

Unser ehemaliger CSU-Finanzminister Theo Waigel hat damals in harten Verhandlungen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durchgesetzt, um die Stabilität des Euro nachhaltig zu gewährleisten. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass ausgerechnet eine deutsche Regierung – Rot-Grün unter Gerhard Schröder – den Pakt aufgeweicht und wider besseres Wissen der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone zugestimmt hat. Doch Deutschland und auch Frankreich sind damals mit schlechtem Beispiel vorangegangen und die anderen Euro-Staaten sind gefolgt – das Ergebnis kennen wir. Nun gilt es, die Krise an der Wurzel zu packen

und sicherzustellen, dass die Euro-Staaten künftig nachhaltig und nicht auf Kosten kommender Generationen wirtschaften. Auf diesem Weg sind schon richtige und wichtige Beschlüsse getroffen worden. Hinter allen Entscheidungen stand das Wissen, dass Deutschland den größten Nutzen vom Euro hat. Kein zweites EU-Land profitiert in dem Maße von der Gemeinschaftswährung und dem Binnenmarkt wie wir Deutschen. So hängen neun Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vom Export in die Euro-Zone ab.



Themen:

Europäischer Jahresrückblick
Finanzmarkt
Kinderschutz
Bürokratieabbau
Lebensmittelsicherheit

Mittelstand
Informationsportal
Deutsche Köpfe in Europa
In der CSU und Frauen-Union
Unterwegs in Unterfranken

Ein wichtiger Schritt war die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakt, die die CDU/CSU-Fraktion im Europäischen Parlament erfolgreich durchgesetzt hat. Beim EU-Gipfel Anfang Dezember haben die Staats- und Regierungschefs eine weitere Verschärfung der Haushaltskontrolle der Euro-Zone beschlossen und die Instrumente zum



Schutz kriselnder Euro-Staaten verbessert. So sollen künftig alle Euro-Staaten eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen. Die EU-Kommission wird in der Überwachung von Defizitsündern eine wichtigere Rolle einnehmen. Deren Sanktionierung kann jetzt nicht mehr durch einzelne Staaten gestoppt werden. Der Gipfel hat die richtigen Entscheidungen getroffen, denn es kommt in erster Linie darauf an, dass die Euro-Staaten ihre Verschuldung in den Griff bekommen. Daher brauchen wir mehr Europa in bestimmten Bereichen, nämlich dort wo sich Mitgliedstaaten an gemeinsame Spielregeln halten müssen. Es kann nicht sein, dass ein Mitgliedstaat verklagt wird, weil er die Abfallrahmenrichtlinie nicht ausreichend umgesetzt hat, aber gegen Defizitsünder, die den Euro-Raum ins Wanken bringen, keine Handhabe vorliegt. Zusammen mit der fortschreitenden Regulierung der Finanzmärkte sowie der verbesserten wirtschaftspolitischen Koordinierung sind wir auf dem richtigen Weg, um langfristig gestärkt aus der Krise zu kommen.

In dieser durch die Staatschuldenkrise geprägten Zeit gerät allzu schnell in Vergessenheit, dass Europa uns viele Vorteile bringt und uns nützt. Das Europäische Parlament hat in diesem Jahr beispielswei-

se einheitliche und harte Regeln zum europaweiten Kampf gegen Kinderpornographie verabschiedet. Weiterhin haben wir eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel und Lebensmitteladditive beschlossen. Zudem standen die Themen Bürokratieabbau, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz auf der Agenda des Europäischen Parlaments als Brücke der Bürger nach Europa.

Ein bewegtes Jahr geht zu Ende. Doch auch im neuen Jahr geht es nicht minder ereignisreich weiter, denn wir treffen auf europäischer Ebene für Bayern und Unterfranken wieder wegweisende Entscheidungen: Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Ausgestaltung des 8. Forschungsrahmenprogramms sowie die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 und die damit verbundene Verteilung der EU-Fördermittel in unserer Region. Seien Sie versichert, dass ich mich im Europäischen Parlament auch weiterhin für die Interessen Unterfrankens stark mache, damit wir in und mit Europa gestärkt in die Zukunft gehen.

» Finanzmarkt: EU-Parlament schiebt Zockerei mit Staatsanleihen einen Riegel vor



Schluss mit der gefährlichen Spekulation auf den Wertverlust von Aktien und Staatsanleihen: Das Europäische Parlament hat im November ein Gesetz angenommen, das europaweit strenge Auflagen für Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen vorschreibt. Mit rein nationalen Vorschriften kann die Gefahr auf den grenzüberschreitend agierenden Finanzmärkten nicht gebändigt werden. Mit der neuen, einheitlichen europäischen Regelung wird die gefährliche Spekulation eingedämmt und wir erhalten mehr Stabilität.

Der Fall Griechenland hat gezeigt, dass die Spe-

kulation auf die Zahlungsunfähigkeit eines Landes weiteres Öl ins Feuer gießt und unberechenbare Folgen haben kann. Bei Leerverkäufen von ungedeckten Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen werden die Auflagen daher am striktesten sein. Um die momentane Krise in den Griff zu bekommen, brauchen wir EU-weit einheitliche Regelungen. Die neuen Auflagen für Leerverkäufe sind ein weiterer Meilenstein im Kampf gegen die Finanz- und Eurokrise. Daneben hat die Europäische Union unter anderem bereits eine europäische Finanzmarktaufsicht geschaffen. Damit liegen grenzüberschreitend tätige Großbanken oder Versicherungen nicht mehr alleine in der Hand nationaler Aufsichtsbehörden, sondern werden von einer europäischen Aufsicht kontrolliert, die im Krisenfall mit Durchgriffsrechten ausgestattet ist. Außerdem wurden Vorschriften für die Manager von Risikofonds verabschiedet und Eigenkapitalvorschriften für Banken durchgesetzt, die die Banken widerstandsfähiger machen sollen.

» Kinderschutz: Europäisches Parlament bekämpft Missbrauch von Kindern

Das Internet hat in den vergangenen Jahren einen rasanten Aufstieg erlebt. Soziale Netzwerke wie Facebook oder YouTube sind heute nicht mehr wegzudenken. Das Internet ermöglicht einfache und direkte Kommunikation, birgt aber auch Gefahren und Risiken. Die Vorteile des einfachen Austausches von Bildern und Videos wissen besonders Kriminelle für sich zu nutzen. So breiten sich besonders kinderpornografische Inhalte im Internet immer weiter aus. Die Anzahl der entsprechenden Seiten nimmt ständig und in beängstigendem Ausmaß zu.

Diese Gefahr stellt die Politik vor große Herausforderungen. Die Europäische Union bietet die Chance, Kinderpornographie durch europäische Gesetzgebung grenzüberschreitend zu bekämpfen. Nationale Regelungen können einige Probleme lösen. Doch im Internetzeitalter reicht ein nationaler Gesetzgeber nicht mehr aus. Derartige Straftaten machen an den Ländergrenzen nicht halt und die deutschen Behörden haben auf ausländische Internetanbieter keinen Einfluss.

Deshalb hat das Europäische Parlament ein Gesetz zum europaweiten Schutz unserer Kinder vor Missbrauch und Kinderpornographie im Internet verabschiedet. Oberstes Ziel ist es, kinderpornografisches Material umgehend aus dem Internet zu löschen. Die neuen Regelungen schaffen auch

ein EU-weit höheres Schutzniveau für Opfer sowie einheitliche und härtere Strafen für Täter. Letztere können sich für ihre Taten nun nicht mehr EU-Länder mit weniger strengen Verfahren auswählen. Eine weitere wichtige Maßnahme ist die Aufklärung von Eltern und Lehrern. Diese wissen oft überhaupt nicht, was sich auf den Computern oder Mobiltelefonen der Kinder abspielt.



Entscheidend ist, dass man das Problem aus verschiedenen Richtungen angeht, durch Rechtsprechung, Aufklärung und technische Rahmenbedingungen. Nur so können wir der wachsenden Bedrohung Rechnung tragen. Mit diesem Gesetz sind wir auf dem richtigen Weg, den Schutz der Jüngsten unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

» Bürokratieabbau: Öffentliche Auftragsvergabe vereinfachen

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen muss die sparsame und wirtschaftliche Verwendung von Steuergeldern gewährleistet werden. Gleichzeitig haben die Kommunen durch die öffentliche Auftragsvergabe die Möglichkeit, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen sowie einen nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und die effiziente Energienutzung zu propagieren. Wir brauchen klare, flexible und unbürokratische Regeln für die europäischen Vergabeverfahren. Nur so können wir für die Kommunen und Bieter ein Instrumentarium bereitstellen, das eine faire, transparente und wettbewerblich organisierte Auftragsvergabe möglich macht. Wir fordern eine kürzere Verfahrensdauer und den vermehrten Einsatz der elektronischen Beschaffungsverfahren, in Verbindung mit Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz sowie zur Vorbeugung von Miss-



brauch und Diskriminierung. Mit großer Mehrheit nahm das EU-Parlament eine Entschließung an, mit der die Vereinfachung des geltenden europäischen Vergaberechts gefordert wird. Dabei votierten die Abgeordneten dafür, dass die Berücksichtigung umwelt- oder sozialpolitischer Kriterien zulässig ist, sofern sie mit dem Auftrag direkt in Verbindung stehen. Die Einbeziehung etwa des Kriteriums der nachhaltigen Produktion bei Ausschreibung ist heute schon auf freiwilliger Basis möglich, solange dies in den Ausschreibungsunterlagen offen als Kriterium angeführt wird. Das Europaparlament fordert eine gesetzliche Klarstellung, um mehr Rechtssicherheit für Kommunen zu gewährleisten.

Die Europäische Kommission plant, neue Regeln für die Vergabe von so genannten Dienstleistungskonzessionen vorzulegen. Viele Europaabgeordnete sehen dies sehr kritisch, da das Konzessionsmodell in der Praxis funktioniert und keine komplizierten neuen Regelungen erforderlich sind. Das Vergabeverfahren für Dienstleistungskonzessionen muss weiterhin den Grundsätzen der Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Gleichbehandlung genügen, damit haben wir bislang gute Erfahrungen gemacht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es darüber hinaus keine überhöhten Anforderungen an das Verfahren geben wird.

» **Lebensmittelsicherheit: Schluss mit der Verschwendung von Lebensmitteln**

Die Zahlen sind alarmierend: Weltweit landen jedes Jahr mehr als 1,2 Milliarden Tonnen Lebensmittel im Müll. In der EU werden jährlich durchschnittlich 280 kg Lebensmittel pro Kopf weggeworfen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Schlechte Planung beim Einkauf, die Verlockung der preisgünstigeren Großpackung, die nicht aufgebraucht wird oder fal-

sche Lagerung der Lebensmittel. Auch im Handel werden Frischwaren oft vorzeitig aussortiert, um sich im Wettbewerb um Frische mit den anderen Lebensmittelmärkten behaupten zu können. Lebensmittel sind wertvoll und gehören nicht in den Müll. Die alarmierenden Zahlen zeigen, dass ein Handeln notwendig ist.

Eine Forderung des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, der über eine Stellungnahme zur Lebensmittelverschwendung abgestimmt hat, betrifft das Mindesthaltbarkeitsdatum. Der Ausschuss forderte, dass die Verbraucher besser über die auf der Verpackung angegebenen Daten und deren Bedeutung aufgeklärt werden. Das Mindesthaltbarkeitsdatum gibt den Zeitpunkt an, bis zu dem ein Lebensmittel unter angemessenen Aufbewahrungsbedingungen seine spezifischen Eigenschaften wie Geruch, Farbe und Geschmack behält. Es ist kein Verfallsdatum, sondern lediglich eine Orientierungshilfe! 84 Prozent der Deutschen geben jedoch an, sich an das Mindesthaltbarkeitsdatum zu halten. Hier muss



der Verbraucher besser aufgeklärt werden. Ein Joghurt, dessen Mindesthaltbarkeitsdatum um einige Tage überschritten ist, ist nicht automatisch verdorben. Mit einem einfachen Augen-Nasen-Zungencheck kann jedermann schnell feststellen, ob der Joghurt noch genießbar ist. Neben dem Mindesthaltbarkeitsdatum gibt es das Verbrauchsdatum für verderbliche Waren wie zum Beispiel Hackfleisch: Diese sollten nach dem Ablaufdatum nicht mehr verzehrt werden. Wichtig ist daher, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren – am besten bereits im Schulalter – und Tipps für den richtigen Umgang mit Lebensmitteln zu geben.

Durch die richtigen Maßnahmen kann es uns gelingen, die Verschwendung unserer kostbaren LEBENS-Mittel zu verringern.

» Mittelstand: EU fördert Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen

Die Zukunftsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) ist einer der Schwerpunkte in der Politik der Europäischen Union. Um die Entwicklung der KMU zu fördern legte die Europäische Kommission ein Programm für Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und für KMU vor. Durch das Unterstützungsprogramm, das dem aktuellen Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation nachfolgt, stellt die EU für den Zeitraum 2014-2020 finanzielle Mittel von 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, deshalb ist es – gerade in der derzeitigen Krise – wichtig, den KMU den Zugang zu Finanzierungen, Märkten und Fördermaßnahmen zu ermöglichen. Das Programm wird dazu beitragen, das Wachstumspotenzial von Unternehmen freizusetzen.

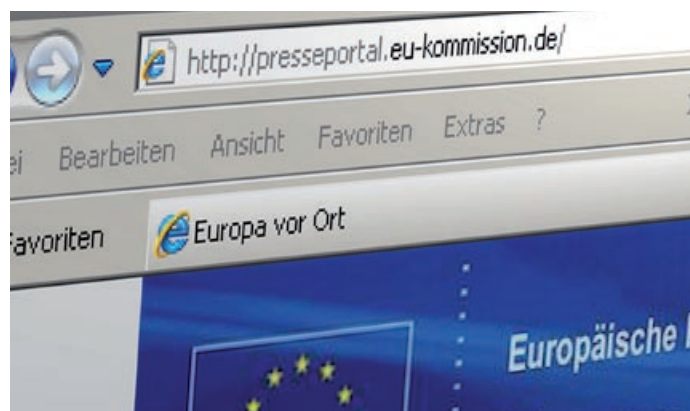
Verbesserungen im Zugang zu Finanzierung für KMU, wie Beteiligungen und Krediten, sowie die Erleichterung des Zugangs zu Märkten innerhalb und außerhalb der EU fördern die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Zudem soll es Arbeitsplätze sichern und schaffen und letztlich das Wachstum der europäischen Wirtschaft erhöhen. Damit sind wir auf einem guten Weg, damit KMU auch in Zukunft gut aufgestellt sind. Das Programm soll jährlich 39.000 Unternehmen unterstützen, und zwar mit einem Beitrag zur Schaffung oder Erhaltung von 29.500 Arbeitsplätzen und zur Markteinführung von nahezu 1.000 neuen Produkten jährlich.

» Informationsportal: „Europa vor Ort“

Was haben die Gedenkstätte Berliner Mauer, die Arche Nebra und der Geysir Andernach gemeinsam? Erst die Kofinanzierung durch die EU-Strukturfonds machte sie zu erfolgreichen Attraktionen, die heute viele Besucher anziehen.

Die Umsetzung europäischer Politik geschieht vor allem auf regionaler Ebene in den Ländern und Kommunen. Die europäische Dimension in unserem Alltag sichtbar und greifbar zu machen, ist das Ziel des Informationsportals „Europa vor Ort“ der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Das bereits seit 2009 bestehende Portal wurde neu gestaltet und richtet einen noch stärkeren Fokus auf

konkrete Beispiele in deutschen Bundesländern, die durch EU-Regionalförderung realisiert wurden. Für jedes Bundesland wurde eine große Sammlung



an Projektbeispielen angelegt. Zudem werden regionale Ansprechpartner und Anlaufstellen genannt. Ebenso wird auf lokale Termine und Veranstaltungen zu europapolitischen Themen verwiesen. Zum Portal „Europa vor Ort“ gelangen Sie hier: <http://presseportal.eu-kommission.de/>

» Deutsche Köpfe in Europa: Edmund Stoiber

Von München nach Brüssel hat es Edmund Stoiber gezogen. Heute leitet der ehemalige Bayerische Ministerpräsident und CSU-Ehrevorsitzende die High-Level-Group für Bürokratieabbau. Direkt dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso unterstellt, kämpft er gegen zu viel Verwaltungsaufwand in Europa – und das mit großem Erfolg. So wurde der Arbeitsauftrag der Expertengruppe bereits bis 2012 verlängert. Insgesamt will Stoiber durch den Abbau von Bürokratie 40 Milliarden Euro einsparen, wodurch insbesondere der Mittelstand entlastet wird.



» In der CSU und Frauen-Union

+++ Anja Weisgerber zur CSU-Kreisvorsitzenden gewählt

Auf einer außerordentlichen Kreisversammlung der CSU Schweinfurt-Land wurde die Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber zur neuen CSU-Kreisvorsitzenden gewählt. Die Schwebheimerin löst damit Staatssekretär Gerhard Eck ab, der seit Juli diesen Jahres die unterfränkische CSU führt. Weisgerber wird sich in den kommenden zwei Jahren mit all ihrer Kraft dafür einsetzen, dass die CSU die führende und gestaltende politische Kraft im Kreis Schweinfurt bleibt. Dabei möchte sie mit Themen Akzente setzen, die die Menschen in der Region bewegen, wie zum Beispiel die Energiewende, die Familienpolitik oder die regionale Entwicklung mit Unterstützung der Europäischen Union. Bereits jetzt profitiert der Landkreis von etwa einer Million Euro EU-Leader-Mitteln für die Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes. Um die Themen zu transportieren, soll es eine Mischung aus bewährten und neuen Veranstaltungen geben, durch die die CSU zeigen kann, dass sie ihr Ohr nah an den Menschen hat und deren Anliegen aufnimmt. So wird beim traditionellen CSU-Neujahrsempfang am 15. Januar 2012 in Schwebheim, zu dem Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle in die Region kommt, die Bildungspolitik Thema sein.



+++ Ladies After Work Party „Lounge in the City“

Am 24. November 2011 machte die Ladies After Work Party „Lounge in the City“ Station in Unterfranken. Dank der Unterstützung der stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär konnte die erfolgreiche Veranstaltungsreihe der CSU im "Jahr der Frau" nach Würzburg geholt werden. Annähernd 300 Frauen und Männer folgten der Einladung von Dorothee Bär, MdB, der FU-Bezirksvorsitzenden Dr. Anja Weisgerber, der Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der Stv. CSU-Bezirksvorsitzenden Dr. Christine Bötsch ins „Markt 7“ und nahmen die Möglichkeit wahr, bei großartiger Stimmung, Musik und Getränken locker mit Gästen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur ins Gespräch zu kommen. Diese neue Veranstaltungsform war ein voller Erfolg.



» Unterwegs in Unterfranken



+++ Anja Weisgerber bei Einweihung des Großlagerprüfstandes bei Schaeffler

Den modernsten, größten und leistungsfähigsten Prüfstand für Großlager konnte die Europaabgeordnete gemeinsam mit Maria-Elisabeth Schaeffler, Gesellschafterin der Schaeffler Gruppe, und Schweinfurts Oberbürgermeister Sebastian Remelé einweihen. Die Investition von rund sieben Mio. Euro ist ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Schweinfurt. Auf dem Prüfstand können Großlager, die insbesondere in der Windkraft eingesetzt werden, unter praxisähnlichen Bedingungen getestet werden.

+++ Weinleseeröffnung mit Ilse Aigner

Als Ehrengast begrüßten die Europaabgeordnete Anja Weisgerber und Weinbaupräsident Artur Steinmann die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zur diesjährigen Weinleseeröffnung. In Erlenbach am Main schnitt sie die ersten Trauben vom Stock. Bilderbuchwetter und die fränkische



Weinkönigin Sabine Ziegler gaben der Veranstaltung einen festlichen Glanz. Anja Weisgerber versicherte, in Brüssel weiterhin für die fränkischen Weinbautraditionen und den Erhalt der Pflanzrechte über 2015 hinaus zu kämpfen. In der Vergangenheit konnten im Rahmen der Weinmarktordnung bereits große Erfolge erzielt werden, wie die Beibehaltung des Bezeichnungsrechts und der Schutz des fränkischen Bocksbeutel.



+++ Städtepartnerschaft Marktbreit - Fleac

Städtepartnerschaften sind ein wichtiger Bestandteil der europäischen Integration. Ohne den zwischenmenschlichen Austausch bliebe die Europäische Union ein Zweckverband wirtschaftlicher Interessen. Anja Weisgerber liegen Städtepartnerschaften sehr am Herzen. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern aus Marktbreit und Gästen aus Frankreich, Schottland, Tschechien und Thüringen beging die Europaabgeordnete die offiziellen Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Partnerschaft.

+++ Weihnachten im Schuhkarton



Das Mithelfen für Kinder in Not ist für Anja Weisgerber zur Herzensangelegenheit geworden. Daher unterstützte die Europaabgeordnete in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal die Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ als Schirmherrin für den Landkreis Schweinfurt. Ende November wurden die circa 2000 Geschenkpäckchen in Egenhausen in LKW verladen, wobei Anja Weisgerber kräftig mit angepackt hat. Sie freute sich, dass wieder viele Schweinfurter Schuhkartons gepackt haben, um notleidenden Kindern eine Weihnachtsüberraschung zu bereiten.



*Angenehm ist am Gegenwärtigen
die Tätigkeit,
am Künftigen die Hoffnung und
am Vergangenen die Erinnerung.
Aristoteles*

Liebe Leserinnen und Leser,

*Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich ein
gesegnetes Weihnachtsfest, besinnliche
Stunden im Kreise Ihrer Lieben sowie
ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2012!*

Ihre Anja Weisgerber

Europabüro Unterfranken

Dr. Anja Weisgerber
Karl-Götz-Straße 17
97421 Schweinfurt

Postfach 64
97525 Schwebheim

Tel.: +49 9723 934370
Fax: +49 9723 934385
E-Mail: anja@weisgerber.com

Bildnachweise:

S.1: Geld: Money © ElenaR #4169127; S.2: Flagge mit Wegweiser: Europaflagge mit Wegweiser zu Hauptstädten in Europa © montebelli #27216505; Zeitung, Aktienkurs: Hausse © Eisenhans #18004870; S.3: Stoppschild: Kinder Missbrauch Familiennotruf © Gerhard Seybert #21023998; S.4: Offener Ordner: Aktenordner © Eisenhans #20424703; Mindesthaltbarkeitsdatum: Frau nimmt Haltbarkeitsdatum unter die Lupe © M&S Fotodesign #36108311 auf www.fotolia.com; S.6 unten (3): Eleana Hegerich; Weitere Bilder: Europabüro Dr. Anja Weisgerber.

Parlamentsbüro Brüssel

Dr. Anja Weisgerber
Rue Wiertz
ASP 15 E 210

1047 Brüssel
Belgien

Tel.: +32 228 47337
Fax: +32 228 49337
E-Mail: europarl@weisgerber.com

Weiterführende Informationen zu allen Themen sowie viele Videos zu aktuellen Themen und Veranstaltungen vor Ort erhalten Sie auf www.anja-weisgerber.de.
Verfolgen Sie alle Plenardebatten auf Deutsch im Livestream. Gehen Sie auf www.europarl.europa.eu und klicken Sie auf EP-Live!